

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 8.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 5. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 4. Januar. Der Kaiser und König hat die vortragenden Räte beim Reichskanzleramt, Generalkonsul Dr. Köfing und Geh. Reg.-Rath Starke zu Geh. Ober-Reg.-Räthen, und ferner den hies. Ränd. Hilfsarbeiter beim Reichskanzleramt, Reg.-Rath Niederding, zum Geheimen Regierungsrath und Vortrag. Rath beim Reichskanzleramt ernannt.

Der Friedensrichter Edmund Degg zu Diedenhofen ist an das Friedensgericht Hagenau, der Friedensrichter Dr. Karl Bueuer zu Mergeweise an das Friedensgericht Nr. 2 zu Diedenhofen versetzt. Der Rechtspraktikant Adolf Schiber zu Colmar ist zum Friedensrichter in Mergeweise ernannt.

Der König hat dem Ober-Landstallmeister General-Major Karl Philipp Lüdert in seiner Eigenschaft als vortragenden Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten den Rang eines Rathes 2. Klasse, dem Schatz-Kassendirektor der Kaiserin Immedienberg den Charakter als Hofrath verliehen; sowie den zeitigen Bürgermeister Goebel zu Gonnern in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Naumburg a. S. getroffenen Wahl, als befohlenen Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Naumburg a. S. für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 4. Januar. Das Resultat der gestrigen Erziehung zur Nationalversammlung im Département Hauts-Pyrénées liegt bereits fast vollständig vor. Darnach hat von den Wahlkandidaten Cazeaux (Bonapartist) 19,212, Alcot (Septennalist) 16,023, Braunhauben (Republikaner) 12,989 und Bugeur (Legitimist) 1768 Stimmen erhalten und wird voraussichtlich eine Stichwahl erforderlich sein.

Bissabon, 3. Januar. Gestern hat die Eröffnung der Kammern stattgefunden. In der vom König gehaltenen Thronrede wird hervorgehoben, daß die Reklamationen, welche die Regierung wegen der Vorgänge in Peru an die brasilianische Regierung gerichtet habe, von der letzteren freundlich aufgenommen worden seien. Außerdem wird in der Thronrede der Vorlagen betreffend den Unterricht in den Volksschulen, die Einführung neuer Gesetzbücher und die Vervollständigung der Eisenbahnbauten und anderer öffentlichen Arbeiten besondere Erwähnung gethan.

London, 4. Januar. Der Strike der Grubenarbeiter im südlichen Wales hat nicht die Dimensionen angenommen, welche die erste Meldung vom 2. d. erwarten ließ. In zwei der bedeutendsten Kohlengruben in Süd-Wales ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen und voraussichtlich werden auch die Arbeiter in den übrigen Gruben diesem Beispiele folgen. Die „Times“ betrachtet darum den Strike schon als beendet.

Newyork, 3. Januar. Die Schuld der Vereinigten Staaten hat sich im vergangenen Monat um 3,659,000 Dollars vermehrt. In den Staatskassen befanden sich am Schlusse des Monats vorrätig 32,587,000 Doll. in Metall, 13,952,000 Doll. in Bavieregeld.

In Sachen Spaniens

Liegen folgende telegraphische Meldungen vor:

Paris, 4. Januar. In den alfonsoistischen Kreisen sieht man mit großer Spannung der Haltung entgegen, welche die Großmächte dem künftigen Königreiche gegenüber einnehmen werden. Man glaubt, der Zustimmung derselben allseitig sicher zu sein, doch richtet man mit besonderem Interesse seine Blicke auf Deutschland und Rußland. Von dem ersteren nimmt man an, daß es, da die Alfonsoisten ebenso große Gegner der Carlisten sind, wie die Republikaner es waren, der Anerkennung Don Alfonso's keine Schwierigkeiten entgegensetzen werde. Dasselbe hofft man auch von Rußland. Don Alfonso ist noch nicht abgereist. Nachrichten aus Cuba melden, daß auch dort das Pronunciamento mit großem Jubel aufgenommen worden ist. Wie die „Liberé“ schreibt, erklärte Hohenzollern gestern an Decazes, das deutsche Reich sei bereit, Alfonso anzuerkennen.

Rom, 3. Januar. Wie die „Liberé“ meldet, hat sich sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von der Proklamation des Prinzen Alfonso von Neapel zum Könige von Spanien der Ministerrat versammelt und beschlossen, in der Frage wegen der Anerkennung der neuen Regierung in derselben Weise vorzugehen, wie dies von Seiten der befreundeten Mächte geschehen würde.

Madrid, 4. Januar. Die Armee von Guipuzcoa und das dazu gehörige Flottengeschwader hat sich ebenfalls für Don Alfonso als König von Spanien ausgesprochen. Es heißt, daß der Herzog von Sexto den Oberbefehl über die Nordarmee erhalten würde.

Was nun den Stand der Anerkennungsfrage der neuen Regierung in Spanien betrifft, so wird der „Adm. Sig.“ aus Berlin vom 3. Jan. berichtet: „Die Anerkennung der neuen Regierung in Spanien seitens fast aller Kabinette wird um so weniger bezweifelt, als die Thronbesteigung Alfonso's XII. von mehreren Kabinetten gleichsam als eine Fortsetzung der vor der Revolution von 1868 zurückgetretenen Regierung unter dynastischen Gesichtspunkten angesehen wird. Man glaubt, daß auch Rußland schwerlich lange mit der Anerkennung zögern werde. Die spanischen Gesandten werden selbstverständlich, wie bei jedem Thronwechsel, bei den verschiedenen Kabinetten neue Beglaubigungsschreiben überreichen.“

Selbstverständlich sind die Nachrichten über die Stellung der verschiedenen europäischen Kabinette zu dem Regierungswechsel in Spanien vorläufig mit Vorsicht aufzunehmen.

Steuerreformen.

Am 1. Januar d. J. ist in Folge des Gesetzes vom 25. Mai 1873 die Maßsteuer ganz und die Schlachtsteuer wenigstens als Staatssteuer beseitigt worden. Ihre Einführung durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 bildete den Abschluß der großen, durch das Edikt vom 27. Oktober 1810 angebahnten Abgabenreform, die theils zur Vereinfachung des komplizierten Steuersystems, theils in Folge der Einführung der Gewerbefreiheit notwendig geworden war. Die letzten Accisen (Eingangs- und Umschlagsteuern) wurden schon durch das Edikt vom 28. Oktober 1810 vereinfacht. Das Edikt vom 7. September 1811 hob die Maßsteuer für die kleineren Städte und das platt Land ganz auf und führte an deren Stelle eine Personensteuer ein. Im Gesetz vom 8. Februar 1819 wurde von allen alten indirekten Steuern nur die Abgabe vom Brennmaterial und die Accise von Fleisch und Gemahl beibehalten. Das Gesetz vom 30. Mai 1820, welches den Schlußstein zu der im Jahre 1810 begonnenen Steuerreform bildet, übernahm die Maß- und Schlachtsteuer unter die indirekten Steuern neben den Zöllen und Eingangssteuern, der Abgabe von Salz, der Stempeln, Gewerbesteuer und Grundsteuer, der Steuer von inländischem Branntwein, Braumalz, Weinmost und Tabak, für die nicht klassensteuerverpflichtigten Städte.

Schon seit Jahrzehnten hat die Beseitigung der Maß- und Schlachtsteuer, des letzten Ueberrestes der alten Accise, zur Diskussion gestanden. Durch eine provisorische Allerhöchste Verordnung vom 2. April 1848 wurde den Städten das Recht verliehen, die Maßsteuer durch eine direkte Steuer zu ersetzen. Das Gesetz vom 1. Mai 1851 führte die Maßsteuer jedoch in 83 Städte definitiv wieder ein. In der Landtagsession 1871/72 hatte die Staatsregierung die Abschaffung der Maß- und Schlachtsteuer beantragt, erhielt jedoch nicht die Zustimmung des Landtags zu dem vorgelegten Gesetzentwurf. Erst in der Session 1872/73 kam das Gesetz, von den Abgeordneten Eisner von Gronow und Kikert beantragt, zu Stande.

Der Ausfall, welchen die Staatskasse durch die Aufhebung der Steuern erleidet, wird dadurch ersetzt, daß die Klassensteuer nunmehr auch in die bis dahin maß- und schlachtsteuerpflichtigen Städte eingeführt ist. Mit Rücksicht hierauf ist im § 6 des Gesetzes wegen Abänderung des Klassensteuergesetzes vom 1. Mai 1851 auf 11 Millionen Thaler festgesetzte Jahresbetrag der Colleenahme der Klassensteuer durch das Gesetz vom 25. Mai 1873 auf 14 Millionen Thaler erhöht worden. Die Bruttoeinnahme ist im Etat 1874 veranschlagt bei der Maßsteuer auf 1,773,000 Thlr., bei der Schlachtsteuer auf 2,800,000 Thlr.

Den Stadtgemeinden war durch die provisorische Verordnung vom 2. April 1848, falls sie die Maßsteuer beibehalten wollten, ein Drittel des Rohertrags, behufs Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch Ausführung öffentlicher Arbeiten oder auf andere den örtlichen Verhältnissen entsprechende Art, überwiesen worden. Das Gesetz vom 1. Mai 1851 hat es bei dieser Ueberweisung belassen. Außerdem wird in den Städten ein Theil der Gemeindegeldgaben, in der Rheinprovinz auch ein Theil der Justizverwaltungskosten (durchschnittlich jährlich 5438 Thlr.) durch Zuschläge zur Maß- und Schlachtsteuer aufgebracht. Das Gesetz vom 25. Mai 1873 hat den Städten gestattet, die Schlachtsteuer als Gemeindesteuer beizubehalten. Von dieser Befugniß haben aber nur 5 Städte Gebrauch gemacht: Aachen mit Burscheid, Breslau, Koblenz mit Ehrenbreitstein, Posen und Potsdam. Die übrigen Städte haben ihren Haushalt in anderer Weise ausgeglichen. In Berlin ergab der Kommunalzuschlag zur Maß- und Schlachtsteuer im Jahre 1872 883,645 Thlr. und das Maßsteuerdrittel 275,212 Thlr. Der Ausfall wird hier durch eine Erhöhung der städtischen Einkommensteuerrate gedeckt, die für das Jahr 1875 bekanntlich auf 80 Prozent festgesetzt ist, gegen 66½ Prozent in 1874.

(Staatsanzeiger.)

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 4. Januar. Der Minister des Innern hat in Uebereinstimmung mit dem Justizminister an die Provinzialbehörden in Betreff des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes folgende Erläuterungen erlassen: Nach dem genannten Gesetze ist jeder Sterbefall spätestens am nachfolgenden Tage dem Standesbeamten anzuzeigen, und es darf ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde keine Beerdigung vor der Eintragung des Sterbefalles in das Sterberegister stattfinden. Es ergibt sich hieraus von selbst, daß die Fristbestimmung nach der Absicht des Gesetzgebers eine unbedingt maßgebende hat sein sollen, und es ist daher dem Anzeigepflichtigen nicht gestattet, bei dem Eintritt eines oder gar mehrerer auf einander folgender Sonn- und Feiertage die Anzeige um eben so viel Tage zu verschieben. Daraus folgt dann weiter, daß die Standesbeamten unbedingt auch an den Sonn- und Feiertagen eine nach den örtlichen Verhältnissen angemessene zu bestimmende Geschäftsstunde abhalten müssen. Letzteres empfiehlt sich übrigens auch abgesehen von dem vorkommenden Hervorgehobenem, da es unter allen Umständen wünschenswerth erscheint, den Betheiligten zur Erledigung eiliger Angelegenheiten auch an Sonn- und Feiertagen Gelegenheit zu geben. — Nach dem schon erwähnten Wieschen Buche hat sich in dem Zeitraum von 5 Jahren die Zahl der höheren Lehranstalten von 396 auf 452 vermehrt

(230 Gymnasien, 34 Probgymnasien, 97 Realschulen, 91 höhere Bürgerschulen). Die größte Vermehrung der Gymnasien hat in der Provinz Schlesien stattgefunden. Die Schülerzahl in den höheren Lehranstalten betrug im letzten Sommer ca. 128,000, die Zahl der Lehrer ca. 6400, die Gesamtkosten, einschließlich der Zuschüsse aus unmittelbaren u. mittelbaren Staatsfonds sowie des Schulgeldes c. 6,805,000 Thlr. Unter 452 Schulen sind nur 143 die nicht aus Staatsfonds Unterhaltungszuschüsse erhalten. Der Handelsminister hat den kgl. Eisenbahndirektionen eine, im technischen Eisenbahnbauwesen seines Ressorts bearbeitete gedrängte Zusammenstellung von dem Inhalte der über die vorjährige Wiener Weltausstellung eingegangenen, das Eisenbahnwesen betreffenden Berichte zugehen lassen. Nach dem übereinstimmenden Urtheil sämtlicher Referenten hat die Weltausstellung den Nachweis geliefert, daß hervorragende Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens seit der Pariser Ausstellung im Jahre 1867 überhaupt nicht gemacht sind. Insbesondere gilt dies von der eigentlich bautechnischen Seite des Eisenbahnwesens, während die Ausstellungen bezüglich des Telegraphen- und Signalwesens, sowie des Eisenbahn-Maschinenwesens mancherlei Bemerkenswerthes aufzuweisen hatte. Immerhin waren jedoch manche Vervollkommnungen bereits bekannter Ideen zur Darstellung gebracht, leider indessen in einer so wenig übersichtlichen Weise, daß dieser Umstand in Verbindung mit den außerordentlich großen Dimensionen der Ausstellungsplätze das Studium der einzelnen zusammengehörigen Ausstellungsobjekte außerordentlich erschwerte und die den meisten Referenten nur kurz zugemessene Zeit mehrfach nutzlos absorbiert hat. In geringerem Maße trifft diese Bemerkung wiederum bezüglich des Eisenbahn-Maschinenwesens zu, indem das hierher gehörige Material in einigermaßen günstiger und übersichtlicher Anordnung dargeboten war.

DRC. Berlin, 4. Januar. Fürst Bismarck hat sich in den letzten Tagen des alten Jahres eine harthäufige Erkältung zugezogen, welche ihn nöthigte, das Zimmer zu hüten und leider auch jetzt noch so weit anküßt, daß der Fürst nicht im Stande war, der heutigen Musikaufführung des Oratoriums „Heracles“ von Händel im königlichen Schloß beizuwohnen, welche unter der Leitung des Musikdirektors Professor Joachim im weißen Saale stattfand und bei welcher die Eleven der akademischen Hochschule für Musik mitwirkten; dagegen wohnte die Fürstin Bismarck dieser Aufführung bei. Außer dem Kaiser und der Kaiserin waren sämtliche hier anwesende Prinzen und Prinzessinnen in dem Saale erschienen und eine ebenso glänzende als zahlreiche Gesellschaft, darunter die Volschaster mit ihren Gemahlinnen, die hier anwesenden Fürstinnen, die General-Feldmarschälle und Generale, die Staatsminister, Wirklichen Geheimen Räte, Geh. Ober-Regierungsräte u. s. w. Professoren und Lehrer der Universität und Akademie, hervorragende Künstler, die Spitzen der städtischen Behörden u. s. w. war zu derselben geladen. Die Damen-Solis hatten Frau Professor Amalie Joachim, Frau Schulgen von Aken und Fräulein Adele Ahmann, die Herrn-Solis die Herren Georg Henschel, Rudolf Dito und Siebert übernommen. Die Aufführung, welche mehr als eine Stunde andauerte, rief bei den Zuhörern die allgemeinste Zufriedenheit hervor.

— Der Kaiser und Königin empfing im Laufe des gestrigen Vormittags den General der Infanterie von Kirchbach. Derselbe hat sich heute nach Posen zurückbegeben.

— Die telegraphisch signalisirte Aeußerung der „Kreuztg.“ in Sachen des Fürsten Putbus lautet wörtlich:

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat in den letzten Tagen des vergangenen Jahres Se. Maj. der Kaiser und Königin die Kabinetsordre unterzeichnet, durch welche das in Sachen der bekannten Anschuldigungen des Abgeordneten Dr. Lasker gegen den Fürsten Putbus als Mitgründer der Berliner Nordbahn, erlangene ehrengerichtliche Erkenntniß vollinhaltlich bestätigt wird. Herr Lasker hatte bekanntlich diesen Antrag der Sache selbst provokziert; wir müssen dahinstehen lassen, ob er erwartete, daß, wie geschehen, eine einseitige Freisprechung in allen die Ehrenfrage irgend berührenden Punkten, mit denen allein sich selbstverständlich das Gericht befassen konnte, vor Allem also auch in Betreff der dem Fürsten untergeschobenen eigenmächtigen und gewinnstüchtigen Absichten, erfolgen werde. Indem wir für heute nur unsere Genugthuung über diesen Ausgang der Angelegenheit Ausdruck geben, behalten wir uns vor, demnächst auf den Gegenstand in ausführlicher Weise zurückzukommen.

Nachdem nun diese Angelegenheit ihre Erledigung gefunden, wird, wie die „D. Reichs-Corr.“ hört, im Herrenhause bei dessen nächstem Zusammentritt die Eisenbahn-Gründungs-Affäre nochmals zur Sprache gelangen und zwar soll ein Antrag eingebracht werden, der dahin geht, den Bericht aus den Akten der Untersuchungskommission, der bekanntlich durch die Vorlagen des Abgeordnetenhauses publiziert ist, einer Besprechung im Plenum des Hauses zu unterziehen. Bei dieser Gelegenheit soll dann ein redegewandtes Mitglied des Hauses, welches gleichzeitig als Antragsteller fungiren würde, den Bericht nicht bloß kritisiren, sondern auch gewissermaßen in dem Sinne vervollständigen, daß er die Sünden der sogenannten „liberalen Gründer“ in Eisenbahnsachen, soweit sie dem Parlamente nahe stehen und in dem Bericht nicht hervorgehoben sind, aufdecken soll.

— Wie die „Post“ hört, ist dem Geh. Regierungsrath von Raumer von Seiten des Reichskanzleramts der Auftrag erteilt worden, die Grundsätze für eine neue Rechtschreibung der deutschen Sprache, welche in allen Schulen Deutschlands zur Anwendung kommen soll, zusammenzustellen.

— Am nächsten Donnerstag wird im Ministerium des Innern eine Konferenz der preussischen Oberbürgermeister über den Entwurf einer neuen Städteordnung zusammen treten.

Wie man hört, werden die Vorarbeiten für die Landtagssession soweit gefördert, daß außer dem Etatsgesetz die allgemeine Provinzialordnung und die Gesetzentwürfe über die Provinzialfonds und über das Verwaltungsrecht sofort bei Beginn der Session vorgelegt werden können.

Zur Affaire Arnim bringt die „Allg. Ztg.“ eine beachtenswerthe Mittheilung:

„Sie macht zunächst darauf aufmerksam, daß Graf Harry v. Arnim nur unvollständig von einer Jugendfreundschaft mit dem Reichskanzler reden konnte. Fürst Bismarck ist beinahe 10 Jahre älter als er, und so konnten sie weder von der Schule noch von der Universität her befreundet sein. Ihre näheren Beziehungen stammten erst aus Berlin im Anfang der fünfziger Jahre. Sie hatten eine gute Folge für Arnim, als Bismarck Minister wurde. Er versetzte ihn von Lissa nach Minden, von Minden nach Rom. Schon während Arnim den Posten beim Römischen Stuhl bekleidete, fing eine Entfremdung sich einzuschleichen an. Arnim war damals gern auf Urlaub in Berlin und entwickelte hier eine gesellschaftliche Thätigkeit, die es seinem Vorgesetzten nahe legen mußte, ihm den Wunsch auszusprechen, er möge sich auf seinen Posten begeben. Doch hat selbst die „Nordd. Allgem. Ztg.“ der Römischen Thätigkeit Arnim's ein verhältnismäßig günstiges Zeugnis ausgestellt. Indessen erfolgte Arnim's Bezeichnung für Paris nicht ohne Bedenken des Fürsten Bismarck. Die Auswahl war nicht leicht. General v. Manteuffel, dem der Posten zuerst angeboten war, schlug ihn aus und Bismarck ernannte seinen Freund endlich in der Hoffnung, daß der Mensch mit seinen Zwecken zu wachsen pflege und Arnim's Stetigkeit und Zuverlässigkeit sich mehrten würden. Die Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Der Reichskanzler wünschte bald, Arnim in Paris los zu sein, war aber nicht so mächtig, um dies ohne Weiteres verfügen zu können. Er erbat dem Vorkämpfer scharfe und immer schärfere Verweise, in der Hoffnung, diesen dadurch zu bewegen, seine Entlassung zu nehmen. Aber dieser fand sich nicht veranlaßt, seinen Platz zu räumen, sondern legte statt dessen Konflikte an und agitirte im Stillen gegen Bismarck. Der „A. A. Z.“ wird geschrieben: „Seine Prärogative gegen die Bismarck'sche Politik waren dann so weit gegangen, daß dem Vorkämpfer jedes „Glitzern“ in Zeitungen unterlag werden mußte, was er nichtbestimmter mit ungeschwächter Kraft und vermehrtem Eifer fortsetzte. Ein Versuch, die Agitation auf parlamentarischen Boden zu verpflanzen, schlug fehl: Graf Arnim hat, dem Vernehmen nach, den Antrag gestellt, durch allerhöchstes Vertrauen in das Herrenhaus berufen zu werden, ist aber — wohl in Ermangelung der Voraussetzung — abschlägig beschieden worden. Im Falle des Gelingen würde er eine Art von dauerndem Urlaub in Berlin als Operationsbasis durchgesetzt haben, ohne daß er aufgedrückt hätte, Vorkämpfer zu sein.“

Während das „Hirsch'sche Witz“, wie gemeldet, die Nachricht, gegen den Stadtgerichtsdirektor Reich sei wegen der vorzeitigen Veröffentlichung des Urtheils in dem Prozeß Arnim eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden, für unbegründet erklärt, weiß die Wiener „Presse“ zu melden, daß die Einleitung dieser Untersuchung auf den Wunsch des Herrn Reich geschähe; zugleich sei auch die Untersuchung auf den Beisitzer Herrn Giersch, welcher das Urtheil verfaßt habe (?), ausgedehnt worden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das mit Zustimmung des Reichstages und Bundesraths zu Stande gekommene Gesetz, betreffend die Feststellung des Landeshaushalts Etats von Elsaß Lothringen für das Jahr 1875 vom 25. Dezember 1874.

München, 2. Januar. Das „Bair. Vaterland“ hat soeben die interessante Entdeckung gemacht, daß das deutsche Reich nur von den — Juden gegründet worden sei. Die Juden werden demzufolge wieder der geeigneten Berücksichtigung des ultramontanen Publikums empfohlen. Dasselbe Blatt beklagt sich darüber, daß in der Christnacht bei der Meile Unanständigkeit in den Kirchen vorgefallen seien und in Frauenkirche „liberale Pöbel“ unter Anderm Blut in die Weihwassergefäße gegossen hätten. — Aus dem Kloster der englischen Frauen in Paris ist innerhalb kurzer Zeit acht Klosterfrauen entgetreten. Noch mehrere Mitglieder sollen eine vollständige Aufhebung des Klosters nicht als ihr größtes Unglück betrachten. Die Klöster müssen thatsächlich arger Natur sein, indem Bischof Heinrich nun selbst den weltlichen Lehrerinnen den Vorzug einräumen scheint. Wohl hatte, wie der „Curier für Niederbayern“ mittheilt, Bischof Heinrich diejenigen drei Klosterfrauen, welche zuerst ausgetreten, als exkommuniziert von der Kamel öffentlich verlesen lassen; allein derselbe scheint sofort anderer Ansicht geworden zu sein, indem er Jeder derselben 300 Fl. als Satisfaktion für die ihnen zugefügte Schmach zustellen ließ, der General-Oberin von Nymphenburg aber bei ihrem letzten Besuche in Passau so ernste Wahrheiten sagte, daß sie schluchzend das bischöfliche Palais verließ.

Wien, 2. Januar. Schon zu verschiedenen Malen konnte ich die besondere Heftigkeit der Angriffe charakterisiren, welche in neuerer Zeit offen und insgeheim gegen den gemeinsamen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Andrassy, gerichtet wurden. Man kann mit leichter Mühe eine ganze Reihe aufeinander verschiedener Rabalen gegen diesen Staatsmann konstatiren, welche alle auf ein Grundelement, das feudal-ultramontane, zurückzuführen sind. Die famose Ascholtz'sche Broschüre gehört natürlich auch zu dieser Serie, und über die Anstrengungen, die man gemacht, durch Vermittelung der Kaiserin den Monarchen für dieses Pamphlet zu erwärmen, kurzten die pikantesten Einzelheiten, welche freilich nicht alle druckfähig sind. Jedemfalls entsprach die Ascholtz'sche Schmähschrift durchaus dem innersten Fühlen unserer ultramontanen Heißsporne. Man glaubte anfänglich, daß die ungeschworene Haß, mit welcher die Römlinge nach Allem griffen, was den Sturz Andrassy's in Aussicht zu stellen oder zu beschleunigen versprach, auf den Unmuth zurückzuführen sei, den sie empfanden, weil das Wiener Kabinet in treuer Verbindung mit der deutschen Reichsregierung zur Anerkennung des Gouvernements Serrano's in Spanien geschritten war. Allein es stellt sich jetzt heraus, daß man im Vatikan noch andere Gründe hatte, dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren zu jähren. Als nämlich gegen Ende Oktober d. J. das versailer Kabinet sich entschlossen hatte, auf den ferneren direkten Schutz des Papstes zu verzichten und die Freigabe „L'Enferme“ aus dem Hafen von Civitavecchia zurückzugeben, erhielt der hiesige päpstliche Nuntius, Mgr. Jacobini, vom Kardinal Antonelli den förmlichen Auftrag, am Wallhauspforte das Gesuch zu stellen, ob nicht Oesterreich geneigt sei, durch Entsendung eines Kriegsschiffes nach jenem Hafen die „Wacht an der Tiber“ und den persönlichen Schutz des Papstes an Stelle Frankreichs zu übernehmen. Graf Andrassy hielt dem Kaiser über das päpstliche Ansuchen besonderen Vortrag und auf seinen Rath entschloß sich der Souverän, zu einem ablehnenden Bescheide seine Zustimmung zu geben. So that Graf Andrassy auch in dieser Beziehung, was an ihm war, um dem Vatikan gegenüber mit der deutschen Reichsregierung gleichen Schritt zu halten. Und daraus wieder erklärt sich der verdoppelte Haß gegen diesen Staatsmann. (Schles. P.)

Sokales und Provinzielles.

Wien, 5. Januar.

Der kommandirende General v. Kirchbach ist gestern Nachmittag von Berlin hierher zurückgekehrt.

r. In Betreff des höheren Schulwesens unserer Provinz entnehmen wir der dritten Fortsetzung des historisch-statistischen Werks über das höhere Schulwesen in Preußen, herausgegeben von Dr. Wiese, vortragendem Rathe im Unterrichts-Ministerium, folgende Data: Im Jahre 1868 befanden sich in unserer Provinz 10 Gymnasien, i. J. 1873 in Folge des Hinzutritts der beiden Gymnasien zu Schneidemühl und Bregowitz: 12. Von diesen Anstalten zählte: das kath. Mariengymnasium zu Posen i. J. 1868: 667, 1873: 639 Schüler; das Friedr.-Wilhelms-Gymnasium zu Posen 1868: 555, 1873: 615; das Gymnasium zu Bromberg 1868: 441, 1873: 433; das Gymnasium zu Ostrowo 1868: 394, 1873: 403; das Gymnasium zu Gnesen 1868: 386, 1873: 264; das Gymnasium zu Piffa 1868: 331, 1873: 370; das Gymnasium zu Schrimm 1868: 288, 1873: 356; das Gymnasium zu Inowracław 1868: 251, 1873: 241; das Gymnasium zu Krotoschin 1868: 215, 1873: 248; das Gymnasium zu Meseritz 1868: 172; das Gymnasium zu Schneidemühl 1873: 252; das Gymnasium zu Bregowitz 1873: 148 Schüler. Es hat also der Besuch zugenommen im Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, in den Gymnasien zu Ostrowo, Piffa, Schrimm, Krotoschin, Meseritz, dagegen abgenommen im Marien-Gymnasium zu Posen und in den Gymnasien zu Bromberg, Gnesen, Inowracław. Der Gesamtbesuch in den 10 Gymnasien der Provinz betrug im Jahre 1868: 3209, in den 12 Gymnasien im Jahre 1873: 3659. Hierzu traten im J. 1873 in den mit diesen Gymnasien verbundenen Vorschulen: beim Mariengymnasium zu Posen 32 Schüler, beim Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen 190 Schüler (gegen 120 i. J. 1868), in Bromberg 203 (gegen 153 i. J. 1868), in Ostrowo 27, in Piffa 16, in Inowracław 32, in Meseritz 9, in Bregowitz 49 Schüler. Die Schüler in den Vorschulen mitgerechnet, enthielten die 10 Gymnasien der Provinz i. J. 1868: 3467 Schüler, die 12 Gymnasien i. J. 1873: 4071 Schüler. Zu bemerken ist, daß sämtliche Gymnasien in unserer Provinz königliche Anstalten sind, während die überwiegende Anzahl der Gymnasien im Staate städtischen Patronats sind. An den 12 Gymnasien unterrichten 156 wissenschaftliche Lehrer, 16 Ordensgeistliche als Religionslehrer, 4 Probendoktoren, 14 technische Lehrer, 14 Lehrer an den Vorschulen. — Die 3 Gymnasien der Provinz wurden i. J. 1873 von zusammen 503 Schülern besucht, das zu Kogasen von 197, das zu Kafel von 166, das zu Trzemesno von 140 Schülern. — Der Besuch der 4 Realschulen der Provinz hatte in den 5 Jahren von 1868 bis 1873 um 42 Schüler (von 1584 auf 1522) nachgelassen; es zählte die Realschule zu Posen i. J. 1868: 525, i. J. 1873: 500; die Realschule zu Bromberg i. J. 1868: 568, i. J. 1873: 529; die Realschule zu Rawa i. J. 1868: 317, i. J. 1873: 324; die Realschule zu Fraustadt i. J. 1868: 174, i. J. 1873: 169 Schüler. — Von höheren Bürger Schulen existirt bis jetzt in unserer Provinz keine einzige. — Die Gesamtfrequenz in den 18 15 höheren Lehranstalten unserer Provinz betrug i. J. 1868: 5455; in den 19 höheren Lehranstalten i. J. 1873: 6161 (excl. den 795 Schülern i. d. Vorschulen). — Die Unterhaltung der höheren Lehranstalten in der Provinz Posen kostete i. J. 1869: 153,897 Thlr., wovon aus Staatsfonds 63,368 Thlr. gedeckt wurden; im Jahre 1873 kostete die Unterhaltung 267,623 Thlr., wovon aus Staatsfonds 133,149 Thlr. Diese bedeutenden Mehrausgaben aus Staatsfonds sind veranlaßt worden, einerseits dadurch, daß der Staat seitdem einige höhere Lehranstalten übernommen hat, andererseits aber auch durch die Feststellung des Normallehrsatzes und durch die Gewährung der Wohnungsgeldzuschüsse. — Wie sehr es in unserer Provinz noch an höheren Lehranstalten mangelt, geht aus folgenden Angaben hervor: Im Jahre 1871 kam in unserer Provinz eine höhere Lehranstalt auf 79,190, im gesammten Staate auf 56,173 Einwohner. Das Bedürfnis nach einer höheren Bildung war in unserer Provinz dasselbe, wie im gesammten Staate. Es kamen nämlich im Jahre 1871 in unserer Provinz auf 1,537,350 Einwohner 6161 und im gesammten Staate auf 2,969,620 Einwohner 96,273 Schüler höherer Lehranstalten, d. h. im gesammten Staate, wie in der Provinz auf 249 Einwohner 1 Schüler höherer Lehranstalten. Während aber im gesammten Staate die 96,273 Schüler 438 höhere Lehranstalten besuchten, kamen in unserer Provinz auf 6161 Schüler nur 19 höhere Lehranstalten; d. h. eine höhere Lehranstalt enthielt im gesammten Staate durchschnittlich 219, in unserer Provinz dagegen 324 Schüler. Es sind also die höheren Lehranstalten unserer Provinz um 48 pCt. stärker besetzt, als die höheren Lehranstalten im gesammten Staate.

n. Die An- und Abmeldungen hiesiger Einwohner werden häufig unterlassen und sind deswegen in neuerer Zeit mehrfach Bestrafungen erfolgt. Die Bekanntmachung des Polizeidirektoriums und der Kommandantur, vom 17. Dezember 1874, bestimmt, daß alle Einwohner der Stadt verpflichtet sind, sich an- und abzumelden. Ebenso sind nach der Obergerichtsverordnung vom 10. Juni 1877 alle Familienvorstände und sonstige selbstständige Personen verpflichtet, bei der Ortspolizeibehörde resp. an- und abzumelden: 1) alle Personen, die von außerhalb und in der Absicht bei ihnen eintreffen, im Gemeindebezirk ihren dauernden Aufenthalt zu nehmen; 2) alle Personen, die sich bisher in ihrem Haushalte aufgehalten haben und an einen anderen Ort verziehen wollen; 3) ebenso das Gefinde, welches sie mieten oder aus ihrem Dienste entlassen; 4) ferner die Geburten und Todesfälle, die in ihrem Haushalte vorkommen; 5) jede andere Vermehrung oder Verminderung ihres Haushaltes; 6) endlich jeden Wechsel ihrer Wohnung. Alle Dienstboten und andere unfreiwilligkeits Personen sind außerdem verpflichtet, sich persönlich beim Polizeikommissarius ihres Wohnorts an- resp. abzumelden.

Diebstähle. Vor einigen Tagen wurden aus einem verschlossenen Keller an der Halldorfstraße aus unverschlossenen Kisten mittelst Anwendung eines Nachschlüssels 5 Unterbetten, 1 Kissen und mehrere Töpfe mit eingelegten Früchten gestohlen. — Vor etwa 14 Tagen wurde einem Schneider auf der Grabenstraße aus offener Stube ein Blätterteig gestohlen. — Von den Pferden mehrerer Drescheln sind am 1. d. M. von diebstahls Hunden die Haare der Schweife abgehauen worden. — Verhaftet wurde ein Knabe, welcher aus einem Laden in der Breslaustr. 1 Zigarrenspindel entwendet. — Sonntag Abends wurde, wie bereits mitgeteilt, einem Realschüler auf der Breslaustr. vom Schiltenein Koffer entwendet. Derselbe ist auf der Gartenstraße in der Nähe des Kirchhofs bis auf die Hüften entleert aufgefunden worden. Es fehlten ein Paar Beinkleider und diverse Wäsche. — Einem Wirtshausbesitzer aus Kogasen wurde am 1. d. M. ein auf der Schreiba vor einer Schänke haltender Korbwagen, mit einem Schimmel-Wallack bespannt, nebst den auf dem Wagen befindlichen Sachen (einem schwarzen eichenen Koffer, einem Schafspelze, einem schwarzen Leberzieher, 4 Pfund Schweinefleisch und Speck nebst anderen Viktualien) gestohlen, angeblich durch einen Ziegler'sohn aus Gernonau.

XX. Fraustadt, 3. Jan. [Stadtverordnetenversammlung.] In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch gelangte der schon in der vorhergehenden Sitzung vom Stadtverordneten B. Ramke gestellte Antrag: den Verkauf gewisser Getreiden nach Gewicht, zu bewirken, zur weiteren Diskussion. Die Stadtverordneten Ramke und Bögel berichteten über die unerhörten Mißbräuche, welche an den Wochenmärkten hier vor sich gehen und welche namentlich der arbeitslosen Einwohnerchaft von bedeutendem Nachtheile seien. Anwärter und hiesige Händler geben den Marktförkern schon in aller Frühe wette Strecken entgegen und suchen denselben ihre Produkte durch allerlei Vorpiegelungen abzuschnübeln. Dadurch wird eine Vertheuerung der Lebensmittel hervorgerufen, da der Verkauf erst aus zweiter Hand geschieht. Es sind ferner für die einzelnen Produkte besondere Plätze bestimmt, auf welchen der Verkauf vor sich gehen soll, doch wird diese Bestimmung wenig und gar nicht beachtet. Wiewohl eine Polizeiverordnung existirt, welche derartige Mißbräuche mit Strafe bedroht, so gelangte dieselbe nur selten zur Ausführung, schon darum, weil die zwei am hiesigen Orte vorhandenen Polizeibeamten an Wochenmärkten die gehörige Ordnung nicht aufrecht zu erhalten vermögen. Genannte Stadtverordneten berichteten ferner über die grenzenlose Unordnung, welche auf dem Kartoffelmarkt schon seit Jahren besteht und beantragen eine Waage aufzustellen, um durch die Marktpolizei eine Vertheuerung der Kartoffeln vornehmen lassen zu können, weil fast nie der Sach dieses Produktes das vorgeschriebene Gewicht von 150 Pfund enthält. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf gelangte ein Antrag der Kammer-Verwaltung zur Verabreichung resp. Beschlußfassung. Diese Verwaltung verlangt die Anstellung eines

zweiten Exkultors, um die noch rückständigen Steuern — die eingereichte Restliste weist beinahe 900 Restanten auf — exkultorisches beizubringen zu können. Diese Angelegenheit veranlaßte eine heftige Diskussion, weil es der Stadtverordnetenversammlung nicht einkam, wie sich eine so große Zahl von Restanten anhäufen konnte. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es nicht angängig wäre, aus dem Stadtsäckel das Gehalt für den amnestirenden zweiten Exkultor zu entnehmen, vielmehr es Sache des Kammerers sei, für pünktliche Eintreibung der Steuern Sorge zu tragen. Die Versammlung stellte demselben anheim, aus eigenen Mitteln die Anstellung eines zweiten Exkultors auf eine bestimmte Zeit zu bewirken, um endlich diese eingetragenen Mißstände zu beseitigen.

Wieschen, 2. Januar. [Stadtverordneten-Versammlung.] Richtig wurde Kaufmann Zboralski in der dritten Abteilung zum Stadtverordneten gewählt. Die Betheiligung der Deutschen war eine so geringe, daß der von ihnen aufgestellte Kandidat, Restaurateur Louis Selge, in der Minorität blieb. Der von der ersten Abteilung für die Amtszeit bis Ende 1877 gewählte Stadtverordnete Rechtsanwalt Meyer hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Vorberathungen für die bevorstehende Erbschaft haben sich seitens der deutschen Bürgerchaft noch nicht stattgefunden, wahrscheinlich weil sie des Glaubens lebt, daß es der Herr den Seinen schlafend giebt. — In der letzten Generalversammlung des hiesigen Vorschulvereins, eingetragene Genossenschaft, wurde beschlossen, daß nichtabgegebene Guthaben ausgetreter oder ausgeschlossener Mitglieder nach zwei Jahren dem Reservefond verfallen.

Schilberg, 3. Januar. [Mangel an polnischen evang. Lehrern.] In der Diöcese Schilberg sind gegenwärtig nicht mehr als 9 Lehrerstellen vakant. Die Ursache dieser Erscheinung dürfte hauptsächlich darin liegen, daß die betreffenden Lehrer (trotz der Minimalgehälter) mit doppelten Kräften zu arbeiten genöthigt sind, während bei deutschen Schulen nur eine Unterrichtsprache erforderlich ist. Angehende Lehrer, welche in die hiesige Diöcese berufen werden, suchen so schnell als nur irgend möglich die ihnen übermiesigen Stellen mit deutschen zu vertauschen. Da die Gemeinden freiwillig wenig thun, um obigen Uebelständen vorzubeugen, so wäre es wünschenswerth, wenn die Regierung denjenigen Lehrern, welche in beiden Landessprachen unterrichten müssen, eine größere Berücksichtigung betreffs der Gehaltszulagen zu Theil werden ließe.

Schrimm, 2. Jan. [Fortbildungs-Verein. Unallttagfall.] Gymnasialklasse. Im Verein für Fortbildung und Geselligkeit fand am 24. Dezember vorigen Jahres unter Vorsitz des Lehrers Neufeld eine ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, machte hierauf ausführliche Mittheilungen aus dem vorjährigen Jahresbericht des Posener Handwerkervereins, und erstattete alsdann einen Bericht über die Thätigkeit des Fortbildungsvereins des verfloffenen Jahres; wemdem wir folgendes entnehmen: Der Verein zählt gegenwärtig 72 Mitglieder: neu aufgenommen wurden nur zwei. Verammelt waren die Mitglieder 29 mal. Von den gehaltenen Vorträgen sind besonders vier erwähnenswerth: Herr Wanderlehrer Dr. Benken aus Berlin „Lehrschule und Arbeitsschule“, Herr Kreisinspektor Graght (Wieschen) „das Verhältniß der Musik zu den übrigen Künsten“, Herr Oberst Ebeling „die Kapitation von Bayern“, Gymnasial-Oberlehrer Dr. Görlitz „Schauspiele der Römer“. Es fanden außerdem zu wiederholten Malen Vorlesungen und unter diesen auch dramatische mit theilnehmender Hellen statt. Der Geselligkeit wurde durch Veranstaltung dreier Kränzchen und zweier Theatervorstellungen Rechnung getragen. Im Ganzen stehen die Leistungen des Vereins im Jahre 1874 denen der Vorjahre jurid. Besonders ist im letzten Quartal die Thätigkeit des Vereins sehr erlahmt. Der Grund ist allein darin zu finden, daß der Vorsitzende, Lehrer Neufeld, seit dem 1. Oktober wegen Einberufung zur Theilnahme am Kursus in der königlichen Central-Turnanstalt zu Berlin die Leitung des Vereins in andere Hände legen mußte. Während der Weihnachtsferien, die Herr N. hier verlebte, gab der Verein manche Lebenszeichen von sich; denn außer der Generalversammlung, die er berief, fand in voriger Woche eine Vorlesung ersten und humoristischen Inhalts und in dieser Woche ein Kränzchen statt. — Wiederum hat das zu frühe Schließen der Diensthäuser bei Steinkohlenheizung unter dem hiesigen Militär seine Opfer verlangt. In voriger Woche sind drei Rekruten, seit 3 Wochen bei dem 2. Bat. Westf. Füsilier-Regt. Nr. 37 eingestellt, in Folge Einathmens von Kohlen- und Gas erkrankt. Zwei fand man bereits todt, während der Dritte erst am nächstfolgenden Tage trotz aller angewandten Wiederbelebungsbemühungen verstarb. — Die hiesige Gymnasialklasse, welche bisher von dem Kammerer Herrn Labryski verwaltet wurde, ist mit dem heutigen Tage durch die Herren Bürgermeister Wiedner und Prorektor Guttman, dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Görlitz übertragen worden.

Die Lage der Pfarrgeistlichkeit *)

ist, wie wir glauben, in dem eingedruckten Artikel unserer Neujaarsnummer ganz richtig gezeichnet. Ihre Situation wird Jedermann in diesem Konflikt zwischen Staat und Hierarchie als präkar erkennen, aber wie kann nur Jemand deshalb verlangen, der Staat solle seine Ansprüche aufgeben?

Der Staat lebt mit der Hierarchie im Kriege und beim Kriege ist es unvermeidlich, daß auch die unschuldige Bevölkerung leidet und der Kampfplatz verunreinigt wird, und zum Kriegsschauplatz gehören in diesem Kampfe die Parochien. Ist denn nicht die niedere Geistlichkeit so ganz unschuldig an ihrem Loos? Hat sie nicht selbst mitgewirkt, um den Hebermuth ihrer Oberen bis zur Auslieferung gegen die Staatsgewalt zu steigern, hat sie nicht selbst die Gemeinden mit dem römischen Fanatismus erfüllt und in der Identifizierung von Polnisch und Katholik einerseits, von Deutsch und Kegerisch andererseits befestigt, und so zum Mißtrauen gegen das deutsche Regiment beigetragen. Gewiß, in seiner Wehrzahl hat sich der niedere Klerus dieser Vergehen schuldig gemacht, und sich damit früher eine angenehme Position geschaffen, welche ihm die Gunst seiner Oberen und die Unterwürfigkeit der pöbelhaften, gegen alles Deutsche mißtrauischen Masse eintrug. Seit befristet diese Masse mit ihrem Wahne den Klerus. Die Geister, die er rief, sie stehen als drohende Gespenster da und verheeren ihm den Ausweg.

Wir glauben gern, daß es eine große Anzahl Geistlicher giebt, welche sich vor dieser Verwirrung der Volkseinstimmungen fern gehalten haben. Aber auch die Unterlassung ist hier keine leichte Sünde. Denn sie, die Lehrer ihrer Gemeinden, waren verpflichtet, Wahrheit und Aufklärung unter denen zu verbreiten, welche ihnen blindlings glaubten. Aber sie zogen die Bequemlichkeit vor und genossen vielleicht auch gern die Vortheile, welche ihnen aus den Wahnvorstellungen der ungebildeten Massenwelt erwuchsen.

Die Einen wie die Andern müssen sich ihr gegenwärtiges Loos selbst zuschreiben, haben sie die Nuzungen einer verderblichen Politik genossen, so mögen sie nicht jammern, wenn ihnen nun die schädlichen Folgen ihres Thuns und Unterlassens auferlegt werden. Wirklich zu beklagen sind nur diejenigen Geistlichen, welche aufrichtig die polnische und jesuitische Aufwiegelung gegen die Staatsgewalt verabsäumt haben, aber nicht im Stande waren, dem staatsfeindlichen Treiben Einhalt zu thun. Sie werden auch heute nicht zweifelhaft sein, auf welche Seite sie treten sollen, wenn auch die Entscheidung unangenehme Folgen haben kann. In den Kämpfen des Lebens tritt ja an so manchen Menschen die Forderung heran, sich zu entscheiden zwischen Vortheil und Pflicht, warum wollen denn die Diener einer Religion, welche das Kreuztragen als hohe Tugend hinstellt, kallen von diesem Schicksal bewahrt sein? Dieser Muth des charaktervollen Mannes, welcher zu den Kämpfen der Zeit Stellung nimmt, ist würdiger als der mühselige Gehorsam gegen unbeschränkte Obere.

Dem heutigen Klerus ist etwas ganz abhanden gekommen, was jeder Untertan besitzen muß: der Staatsbegriff, ja sogar das Staat-

*) Der Artikel mußte wegen Raummangel bis heute zurückgestellt werden.

liche Gefühl. Die Geistlichkeit weiß nicht, was der Staat zu seiner Existenz nothwendiger Weise fordern muß, und glaubt nicht an die Kraft, mit welcher der moderne Staat fordern kann. Die geistlichen Herren halten die Hierarchie, deren Macht sie schon als Kinder in der Schule erfahren haben, für stärker als den Staat und deshalb — ohne Skrupel, ob jene Gewalt berechtigt ist oder nicht — unterwerfen sie sich ihr, und gehorchen selbst dann, wenn gegen die eigene Staatsregierung kommandirt wird. Hätte die Geistlichkeit beim Beginn des Kampfes, als die erste Forderung an sie herantrat, an den Erzbischof Ergänzungs- resp. Ermunterungsadressen einzusenden, manhaft widerstanden, dann hätte der Erzbischof und seine Vertrauten es wohl nicht gewagt, die Staatsgesetze mit Füßen zu treten, und that er es, so würde die Regierung dies den Klerus nicht haben entgelten lassen. Aber was ist diesen Herren der Staat? Er kann sie nicht so fördern und ihnen nicht so schaden als ihre geistlichen Oberen, sagen sie, und dieser materielle Grund, nicht eine Idee, nicht die Ueberzeugung entscheidet ihr Verhalten. Ihre ganze Nichtachtung des Staates zeigt sich darin, daß sie an die Regierungsgesetze das Ansehen stellen, die gesetzlichen Forderungen auszuheben und ihnen ihre Gemüthlichkeit nicht zu fügen. Was Gesetze bedeuten, und daß Beamte die Gesetze ausführen müssen, davon scheinen diese Herren keine Ahnung zu haben. Vor der päpstlichen Hierarchie dünkt ihnen Alles machtlos und hilflos. Vor jener haben sie solchen Respekt, daß sie nicht einmal die unterthänigste Bitte wagen, die päpstliche Hierarchie möchte aus Rücksicht für ihr Martyrium den Kampf gegen den Staat aufheben. Weil Rom rücksichtslosen Gehorsam fordert und der Staat sie rücksichtsvoll behandelt, deshalb entscheiden sie sich für die — „verfolgte Kirche.“

Eine größere Verirrung als die, daß es etwas Schimpfliches sei, den Forderungen der Gesetze zu entsprechen, während die römischen Kleriker opponiren, ist kaum denkbar. Die Regierung wird alle Strenge gegen den Klerus anwenden müssen, um ihm mehr Staatsbewußtsein und mehr Gefühl der Gleichheit vor dem Gesetze beizubringen.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Ueber die Lage der Breslauer Börse im Jahre 1874** giebt die „Schles. Presse“ folgendes Bild: „Im Anfang 1874 herrschte vorzüglich Mißtrauen gegen die Geldinstitute auf Aktien und wenn auch manche von ihnen durch Aufmachung ihrer Bilanzen die ärgsten Befürchtungen rechtfertigten, so sehen wir doch bei Ablauf des Jahres, daß diejenigen Banken, deren Papiere überhaupt regelmäßig behandelt werden, wieder Faveur genommen haben. Unsere schlesischen Eisenbahnen gingen verhältnißmäßig ziemlich lebhaft um. Zu erwähnen ist, daß Freiburger durch die Inbetriebsetzung der neuen Strecken, welche neue Einnahmen dem Unternehmen zuführen, hätten gewinnen können, wenn nicht fortwährend Gerüchte, der sich namentlich auf den Weiterbau nach Swinemünde bezogen, recht nachtheilig gewirkt hätten. Die ärgsten neuen Emissionen bei der Oberschlesischen Bahn übten einen Conterst auf auch auf die alten Aktien, die sich nominell ganz erheblich stellten. Am beliebtesten zeigten sich Rechte Oder-User, die nur vorübergehend durch das jetzt aufgegebenen Projekt der Uebernahme von Dels-Gleisen zu leiden hatten. Unsere industriellen Werthe haben sich der allgemeinen Baiffe für Papiere dieser Art nicht entziehen können. Mit Ausnahme der Immobilien-Aktien, welche ca. 12 pCt. in 1874 gewonnen haben, und der Zinkhütten-Aktien (+ 5) haben alle industriellen Werthe Coursverluste zu verzeichnen. Bei dem bevorstehenden Spielpapiere Ausrüstung befaßt sich der Rückgang sogar auf 33 pCt. — Fonds haben bei ruhigem Geschäft ihre Course meist erhöht. Wir geben im Folgenden die Unterschiede im Coursverthe der einzelnen Papiere an, die sich bei einem Vergleich der Notierungen ult. Decbr. 1874 und 1873 ergaben.

A. Banken. Breslauer Diskontobank + 12½, Breslauer Handels- und Entrepotgesellschaft + 2½, Breslauer Mälerbank unverändert, Breslauer Mälervereinbank — 2, Börsen-Mälerbank — 3, Provinzial-Mälerbank — 5, Provinzial-Bank + 8, Breslauer Wechselbank + 17, Deutsche Bank + 14½, Schlesischer Bankverein + ½, Schlesische Boden-Kredit-Aktienbank + 20½, Schlesische Zentralbank — 10, Schlesische Vereinsbank + 2½, Österreichische Kreditaktien + ¾.

B. Eisenbahnen. Freiburger Eisenbahnaktien — 3½, Oberschlesische A., C. und D. — 22 (hierbei ist die am 21. Januar erfolgte Abstempelung nach Ausübung des Bezugsrechts auf die jungen Aktien Lit. D im Betracht zu ziehen; der Coursrückgang reduziert sich dann auf 10 pCt.), Rechte Oder-User-Bahn — 4, do. Stamm-Prioritäten — 5, Freiburger 4prozentige Prioritäten + 3, Oberschlesische 3½prozentige Prioritäten + 2½, Rechte Oder-User 5prozentige Prioritäten + 1, Galizier + 12, Lombarden — 19½, Franzosen — 16½, Rumänier + ¾.

C. Industrielle Unternehmungen. Bresl. Aktien-Gesellschaft für Möbelfabrikation (Bauer-Mohr) — 6, Bresl. Aktien-Druckerei (Wiegner) — 2, Bresl. Waggon-Ges. (Vink) — 9, Donner-Schiffbau-Ges. — 7½, Laurabütte — 33, Moritzbütte — 19, Oberschlesische Eisenbahnbedarfs — 23, Oppelner Cementfabrik — 28, Schlesische Immobilien + 12½, Schlesische Leinwandindustrie (Kramka) — 4½, Schlesische Zinkhüttenaktien + 5, Silesia — 18½, Vereinigte Delfabrik-Aktien — 5½, Vornortbütte — 14½.

D. Fonds. Preussische konsolidirte 4½prozentige Anleihe — 5, 3½prozentige Schles. Pfandbriefe + 3½, Schlesische Rentenbriefe + 1½, 5prozentige Schlesische Bodenkredit-Pfandbriefe + 1½, Amerik. Anleihe — 7½, Italiener + 7½, Österreichische Papierrente + 3½, Österreichische Silberrente + 3, 1868er Loose + 15½, 1864er Loose + 13, Preussische Liquidations Pfandbriefe + 5, Russische Bodenkredit-Pfandbriefe + 3½.

**** Die Lage des Geldmarktes** und des allgemeinen Verkehrs beim Jahreswechsel veranlaßt die „Neue Börs.-Ztg.“ vom 31. Dezember v. J. zu folgenden Betrachtungen. Zunächst findet das Blatt, daß die allgemeine Situation des Handels und der Industrie am 31. Dez. 1874 nur wenig besser ist, als am demselben Datum des vorangegangenen Geschäftsjahres, und fährt dann folgendermaßen fort: „Während das Krisenjahr im Wesentlichen nur die Schwäche der „Börsen“ darstellt, vornehmlich mit dem in den Jahren zuvor aufgesammelten Schatz-Reichtum der „Börsen“ aufgeräumt und deren Kaufkraft nahezu auf Null reduziert hatte, ging das Jahr 1874 noch weiter. Den Gläubigern an die Integrität von Handel und Industrie, welcher im Krisenjahr bis zu dessen Schluß als festgehalten worden war, erwies das heute abschließende Jahr als illusorisch. Anstatt daß, wie gehofft worden, ein reages industrielles und kommerzielles Leben für die Börsen als Stoff bedarfs Wiederaufschwunges zu einer energiegelben und erfolgreichen Thätigkeit diente, hat vielmehr in dem Jahr 1874 die Beeinträchtigung in entgegengesetzter Richtung stattgefunden: die engen Beziehungen, in denen Handel und Industrie und Börsen zu einander standen, haben nicht der Börsen genutzt, sondern sind zum Verderb jener geworden. Die schwere materielle Schädigung, welche die enorme 1873er Entwertung der Börsenaktien allen Kreisen zugefügt hat, schmälerte in 1874 den gewerblichen Establishments den Absatz in unermesslich hohem Maße und entzog ihnen oder verlor sie wenigstens überdies noch das Eine, was allenfalls auch über die schlechtesten Zeiten hinwegzuhelfen vermocht hätte, den Kredit. Die Anzahl von Konkursen, welche im mit heute schließenden Jahre einander jagten, demonstrieren den Einfluß, welchen die langatmige „Börsen“-Krise auf Industrie und Handel ausgeübt, zur Genüge. So wenig wie an Konkursen, ebenso wenig hat es gefehlt an außergerichtlichen Liquidationen, und zu bedauern bleibt nur, daß in dieser Beziehung noch nicht genug, noch nicht so viel gethan worden ist, als vernünftigermaßen hätte gethan werden müssen. — Wenn trotzdem das neue Jahr vielleicht mit etwas besseren Auspizien seinen Anfang nimmt, als das 1874er, so doch nur insofern, um deshalb, weil die letzten zwölf Monate wenigstens den Selbsttäuschungen so ziemlich ein Ende gemacht haben. Deutlicher fühlt Jedweder sich weit mehr geneigt, von Illusionen zu abstrahiren und nur mit gegebenen Biffen zu rechnen. Die Verhältnisse sind endlich so weit gediehen, daß die Vorträge energischer Thätigkeit im Verein mit Sparfameit wieder Anerkennung gefunden haben.

haben. Die augenblickliche abnorme Einschränkung des Konsums, welche in Geschäftskreisen zur Zeit zwar die äußerste Unruhe erweckt, ist insofern jedenfalls ein gutes Anzeichen, als sie von dem beginnenden Erwachen der Einsicht Kunde giebt, daß anders als auf dem Wege des Ersparens an die Wiederherstellung geordneter finanzieller Zustände nicht zu denken ist.“

**** Börsen-Ansichten.** Laut Beschluß der Sachverständigen Kommission der Berliner Börse werden folgende Effekten fortan mit Dividenden Scheinen behandelt: Albrechtbahn vom 1. Januar 1875 mit Juli-Coupon 1875. Auffig-Teplitz vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein pr. 1874. Böhmische Westbahn vom 1. Januar 1875 mit Juli-Coupon 1875. Breß-Grajew vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein pr. 1874. Breß-Kiew vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein pr. 1874. Dux-Bodenbach vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein resp. Zinscoupon pr. 1. Juli 1875. Elisabeth-Westbahn vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein resp. Zinscoupon pr. 1. Juli 1875. Franz-Joseph vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein resp. Zinscoupon pr. 1. Juli 1875. Galizier vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein resp. Zinscoupon pr. 1. Juli 1875. Kaschau-Oderberg vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein resp. Zinscoupon pr. 1. Juli 1875. Kronprinz-Rudolf vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein resp. Zinscoupon pr. 1. Juli 1875. Osterr. Staatsbahn vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein pr. 1. Juli 1875. Osterr. Nordwest-Lit. A. vom 1. Januar 1875 mit Coupon pr. 1. Juli 1875. Osterr. Nordwest Lit. B. vom 1. Juli 1874 mit Dividenden Schein pr. 1. Juli 1875. Schweizer Union vom 1. Januar 1875 ohne Dividenden Scheine. Schweizer West vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein Nr. 4. Turnau-Prag vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein Nr. 4. Warschau-Teresopol vom 1. Oktober 1874 mit Coupon pr. 1. April 1875, aber excl. Sup.-Divid. pr. 1874. Englische Wechselbank, 3 Pfd. St. vom 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein Nr. 3. Osterr. Kredit vom 1. Januar 1875 mit Super-Dividenden Schein pr. 1874. Petersburger Diskontobank vom 1. Januar 1875 mit Super-Dividenden Schein pr. 1874. Petersburger Intern.-Bank vom 1. Januar 1875 excl. Abschlagsdividende, aber incl. Superdividende pr. 1874. Warschauer Commerzbank, 1. Januar 1875 mit Dividenden Schein pro 1874. Warschauer Diskontobank, 1. Januar 1875 mit abgestemp. Dividenden Schein pro 1874. Wiener Unionbank, 1. Januar 1875 mit abgestemp. Dividenden Schein pro 1874.

**** Warschau, 28. Dezember.** Die Linie der neu zu erbauenden Weichselbahn ist nunmehr definitiv festgestellt. Dieselbe führt von der Station Kowel der Kiew-Breslauer Eisenbahn über Lublin, Zwangrod, Warschau, Nowogorodsk und Mlawka bis zur preussischen Grenze und es zweigen sich von ihr folgende Zweigbahnen ab: 1) von der Station Zwangrod bis zur Station Zulow der Warschau-Terespoler Bahn; 2) von der Station Nowogorodsk bis zur Station Nowogorodsk; 3) von der Station Praga bei Warschau bis zum Bahnhof der Petersburg-Warschauer und der Warschau-Terespoler Bahn.

Vermischtes.

Breslau, 3. Jan. [Das neue Jahr. Schlitten- u. Eisbahn. Brücken. Mahlkneuerfreie Semmel. Strengeres Reglement.] Das neue Jahr hat bei uns gut begonnen, die Witterung ist ganz vorzüglich und wenn auch gestern die Kälte auf 17 Grad gestiegen war, so ist doch heute die Temperatur wieder milder und die Schlitten bewegen sich zu Hunderten auf der Straße. Freilich ist dies Vergnügen kein billiges, denn die Droschken und Fuhrwerksbesitzer verstehen ihr Geschäft und für 2spännige Droschken haben wir keine Taxe. Alle einspännigen Schlitten müssen innerhalb der Stadt zwar die feststehenden Preise innehalten, aber nach außerhalb gilt freie Vereinbarung und doch diese für die Fahrgäste keine billige ist, mögen Sie daraus entnehmen, daß ein solcher Schlitten nach dem ¼ Meilen entlegenen Hünern 4 und nach dem 1½ Meilen entfernten Lissa 8 Thlr. kostete. Zur großen Genugthuung unserer Jugend ist heute auch die Schlittenbahn auf dem Stadtpark eröffnet worden, da bisher immer noch die Eisdecke polizeilich als zu schwach befunden worden war. Die beiden Pächter, hier anständige Schiffer, zahlen 450 resp. 100 Thlr. jährliche Miete und haben um deshalb die Eisbahn zu so solidem Preise erhalten, weil sie mehrere Jahre wenig, das eine Jahr sogar gar keine Einnahmen erzielt haben. Gestern sind unsere neuen Eisenbrücken dem Verkehr übergeben worden und damit zugleich alle bisher vorhandenen Brücken abgefallen. Freilich ist dadurch ein hoch elegant im Vorjahr erbautes etwa 2000 Schritt von der Stadt gelegenes Einnehmerhaus überflüssig geworden und erscheinen die darauf verwendeten Kosten von mehreren Tausend Thalern ziemlich unnötig vorausgabt, aber das läßt sich nun nicht ändern, ähnliche Versehen sind schon früher vorgekommen und werden auch für die Folge nicht ausbleiben, an übergrößer Voraussicht hat unsere Bauverwaltung niemals gelitten. Die neuen Brücken sind übrigens eine große Wohltat. — Unser mahlkneuerfreies Brod und Semmel sind seit erstem Januar ganz erheblich ärger und schwerer geworden. Freilich wird diese Verringerung die Erhöhung der Kommunalabgaben schon um deshalb nicht decken, weil die lieben Hausfrauen sich eine Abminderung des bisherigen Haushaltungsgeldes durchaus nicht gefallen lassen wollen, sie behaupten sogar, durch die neue Marktwährung noch in Nachtheil gebracht worden zu sein, da der jetzige Thaler nur 300 Pfennige habe, während der frühere 360 dergleichen zählte. Daraus wird nun deducirt, daß der Thaler jetzt statt 30 nur 25 Sgr. gelte. Vernunftsprinzipien bleiben wie bekannt in dergleichen Fällen unbenutzbar. Herr Ober-Präsident v. Nordenflicht hat nebst Familie Breslau verlassen und seinem Nachfolger Platz gemacht. Letzterer weilte noch in Berlin, wird aber nächster Tage eintreffen. — Das neue strengere Reglement zeigt sich bereits. Zwei Kapläne haben neuerdings eine Ausweisungsurtheil erhalten.

*** Petersburg.** [Der Großfürst Nicolaus von Rußland] (Neffe des Kaisers und Sohn des Großfürsten Konstantin, geb. am 14. Februar 1850, also beinahe 25 Jahre alt) ist bekanntlich, nachdem er längere Zeit hindurch unter besonderer ärztlicher Aufsicht gestanden, auf Grund des Entlassens der Ärzte durch einen vom Kaiser an den Hausminister erlassenen Befehl entmündigt und unter die Vormundschaft seines Vaters gestellt worden. „Der Großfürst leidet“, wie es in dem kaiserlichen Befehl heißt, „an einer Zerrüttung seiner geistigen Fähigkeiten, und ist sich dessen, was er thut, nicht vollständig bewußt.“ Es ist ein Irrthum, wenn die Zeitungen behaupten, die alleinige Ursache dieser Maßregel sei in dem Umstand zu suchen, daß der Großfürst Nicolaus seiner Mutter einen sehr werthvollen Schmuck entwendet hat, um damit einer Dame zweifelhaften Charakters ein Geschenk zu machen. Es ist vielmehr eine ganze Reihe ungesetzlicher Handlungen, wodurch der Großfürst das Schicksal heraufbeschworen, das ihn getroffen, und das wahrlich bis zu einem gewissen Grade auch mit Entziehung der Freiheit verbunden sein wird. Hier soll nur einer jener zahlreichen seltsamen Vorgänge erwähnt werden. Es war im vorigen Winter. Der Großfürst trat eines Abends in ein bekanntes Petersburger Restaurant. Ein Herr und eine Dame saßen dort mit einander. Der Großfürst interessirte sich, wie es schien, für die Dame, welche allerdings sehr schön war. Er setzte sich ohne Weiteres an ihre Seite, ohne sie und ohne den Herrn zu kennen, oder sich ihnen vorzustellen. Sein Betragen gegen die Dame wird immer unbegreiflicher. Der Herr schreiet gegen ihn ein. Beide gerathen an einander. Der Herr packt den Großfürsten an dem einen Ohr und mit einem einzigen Ruck hat er ihm die obere Ohrmuschel abgedrückt. Die Streitenden wurden getrennt. Der andere Tag brachte Aufklärung. Der für die fürstliche Ohrmuschel verhängnißvolle Herr war ein Clown aus dem Circus, die schöne Dame war seine Frau. Das clownische Ehepaar wurde nicht belästigt. Allein es verlief Aufstand. Man sagt, es sei durch Auszahlung einer hohen Summe, als Reiseseld, dazu aufgemuntert worden, das Kaiserreich zu verlassen.

*** Ein ruthenischer Geistlicher im jüdischen Bann.** Haben die Katholiken ihre Exkommunikation so haben die Juden ihren Bannstrahl „Chairem“ genannt, und so ist es denn einem ruthenischen Geistlichen in Stanislaw (Galizien), dem Pfarrer Strutynski, geschehen, daß ihn die Juden wegen seiner Agitation gegen das Schatztrinken in den „Chairem“ gethan haben. Was der Pfarrer uns leid thut!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 5. Januar.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Morawski a. Ociay, Mittelstaedt a. Birk, Lieut. Bayer a. Gollenczewo, Baumeister Ologer a. Küstrin, die Rittergutsbes. v. Gromadzin, Blaen a. Berlin, Rodscholl a. Kassel, Schlesinger a. Breslau, Bock a. Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Calmsohn, Koppenheim u. Oppenheim a. Berlin, Rechtsanwalt Lubinski aus Warschau, Baumeister Pechus a. Görlitz, Lieut. Altag a. Lissa, die Baumeister Ebe u. Benda a. Berlin, die Rittergutsbes. v. Gromadzin a. Gollenczewo, Frau Witt u. Tochter a. Bogdanowo, Sohn a. Danzig, Gütebes. Modrauer a. Tost.

GRATZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Gütebesitzer Wojciewski a. Frankfurt, die Kaufl. Wreschner a. Leipzig, Lewi a. London, Moskiewicz a. Thorn.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Gütebesitzer Jankowski aus Mogilno, Wyzanowski aus Swierkowiec, Kaufmann Berner aus Lissa, Bürger John Smiejowski aus Mogilno, Ingenieur Madzajewski aus Thorn, Professor Bielicki aus Zabikowo, Gütebesitzer Mehning aus Kolatka und Handl. aus Gollenczewo, Bürger Nawrocki aus Bnin.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Die Kaufl. Posner a. Warschau, Wollstein a. Grätz.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Wien, 4. Januar. [Prozeß Ofenheim.] Der Staatsanwalt Lamejan bestritt die Ausführungen der Verteidigung und stellte namentlich in Abrede, daß die Sachverständigen sich in einer Stellung befänden, die von der Generalinspektion der Eisenbahnen abhängig sei. Als unwahr bezeichnete er die Behauptung der Verteidigung, daß die an die Sachverständigen zu richtenden Fragen dem Handelsminister vorher zur Begutachtung vorgelegt worden seien. Der Staatsanwalt erklärte ferner, daß es in diesem Prozesse neben ihm nicht noch einen zweiten Ankläger gebe und wies darauf hin, daß Hofrath Barychar als derzeitiger Vertreter der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahngesellschaft berechtigt sei, die Rechte der Gesellschaft sowohl im Wege des Civil- wie des Strafprozesses wahrzunehmen. Der Gerichtshof beschloß nach Anhörung der weiteren Ausführungen des Verteidigers und des Staatsanwalts, daß er von der Vernehmung der Sachverständigen Kramer und Stoller nicht absehen könne, die Entscheidung über Vorladung der Sachverständigen Stradiot und Bonfidi aber für später sich vorbehalte. Das Recht des Hofraths Barychar, als Sequester der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn zugleich als Vertreter der Privatbeschädigten fungiren zu dürfen, könne nicht bezweifelt werden. Hierauf folgte die Verlesung des bereits bekannten Anklageaktes.

Wien, 4. Januar. [Prozeß Ofenheim.] Die Verlesung der Anklageschrift dauerte über drei Stunden. Der Vorsitzende verlas darauf die Entscheidung des Oberlandesgerichtes vom 16. Dezember v. J. auf die von dem Angeklagten eingelegte Berufung. Dieselbe geht dahin, daß Punkt 8 der Anklage, betreffend die Gebührenverkurzung aus der Anklageschrift auszuscheiden sei, alle übrigen Punkte der Anklage aber aufrecht zu erhalten seien. Die Sitzung wurde darauf bis auf morgen vertagt.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 4. Januar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Jan. 54, 00, pr. April-Mai 55, 70. Weizen pr. April-Mai 187, 00. Roggen pr. Januar 153, 60 pr. April-Mai 150, 00. Rüböl pr. Januar 50, 80, pr. April-Mai 54, 50, pr. Juni-Juli 55, 50.

Böln, 4. Januar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Thauwetter. Weizen matt, hiesiger loco 21, 20, fremder loco 20, 25, pr. März 19, 80, pr. Mai 19, 55, Roggen still, hiesiger loco 18, 50, pr. März 15, 55, pr. Mai 15, 15. Hafer matt, loco 20, 00, pr. März 18, 40, pr. Mai 18, 20, Rüböl matter, loco 23, 70, pr. Mai 30, 90.

Bremen, 4. Januar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 Mt. 90 Pf. Ruhig aber fest.

Paris, 4. Januar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen ruh., pr. Januar, pr. Februar und pr. März-April 25, 75, pr. Mai-August 26, 50. Mehl ruhig, pr. Januar und pr. Februar 53, 50, pr. März-April 53, 75, pr. Mai-August 56, 00. Rüböl ruhig, pr. Januar 75, 00, pr. März-April 76, 50, pr. Mai-August 78, 00, pr. Septbr.-Dezember 79, 50. Spiritus ruhig, pr. Januar 53, 25, pr. Mai-August 56, 00.

London, 4. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schlep-pendem Geschäft fest. Hiesiger Weizenvorrath 122,920 Qrt. — Wetter: Milde, feucht.

Liverpool, 4. Januar, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 12,000 B. Stetig. Tagesimport 42,000 B., dav. 27,000 B. amerikanische.

Glasgow, 4. Januar. Rohwollen. Mixed numbers warrants 76 Sch. — 6 d.

Hamburg, 4. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine still. Roggen loco still, auf Termine ruh. Weizen 126-pfd. pr. Jan. 1000 Kilo netto 190 B., 188 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 192 B., 190 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 193 B., 192 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 194 B., 193 G., Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 154 B., 153 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 153 B., 152 G., Hafer ruh. Gerste still. Rüböl matt, loco und pr. Januar 55, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56½. Spiritus matt, pr. Januar 43½, pr. Febr.-März 44½, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 L. 100 pCt. 45½. Kaffee fest u. ruh. Umsatz 2000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 11, 80 B., 11, 60 G., pr. Januar 11, 60 Gd., pr. Januar-März 11, 30 Gd., pr. Aug.-Dezember 12, 30 Gd. — Wetter: Thauwetter.

Amsterdam, 4. Januar, Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, pr. März 276, pr. Mai 278. Roggen loco unverändert, pr. März 190, pr. Mai 184½. Raps pr. Frühjahr 33½, pr. Herbst 35½. Wetter: Nebel.

Antwerpen, 4. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, pr. März 276, pr. Mai 278. Roggen behauptet, Odessa 19. Hafer stetig. Riga 23. Gerste behauptet.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 28½ bez. und B., pr. Januar 28 Br., pr. Februar 27½ Br., pr. März 27 Br. pr. Sept. 32 Br. Ruhig.

Druck und Verlag von W. Dettler u. Comp. (G. Köstel) in Posen.